

Rundmail vom 25. September 2022

Liebe Freunde und Bekannte

Folgende Themen stehen an:

- Aufsatz Privatisierung von Behörden nun in italienischer Übersetzung
- Google-Suche mit Behörden als AG
- Betreibungsämter
- Entscheid ZH Kantonsrat
- Allgemeines

Die genannten Links sind aktiv, werden jedoch erst in einigen Tagen auf der Homepage direkt sichtbar werden.

Aufsatz Privatisierung von Behörden nun in italienischer Übersetzung

Der deutsche Aufsatz «Privatisierung von Behörden» [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/privatisierung\\_behoerden.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/privatisierung_behoerden.pdf) liegt dank den fleissigen Tessinerinnen nun auch in italienischer Version vor.

- [www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Italiano à Privatizzazione delle autorità](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/privatizzazione_delle_autorita.pdf)  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/privatizzazione\\_delle\\_autorita.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/privatizzazione_delle_autorita.pdf)

Google-Suche mit Behörden als AG

Über die Suche mit Google erhält man die ersten Treffer der illegalen Unternehmen, die sich amtsanmassend Institutionen nennen. Das Entscheidende daran ist, dass hier die richtigen Handelsnamen angezeigt werden mit dem Kürzel AG. Ich habe inzwischen fast 100 solche Einträge gefunden. Das Interessante daran ist, dass damit sogar einige Hinweise geliefert werden, dass die Einträge von diesen Unternehmen bestätigt und einzelne Rezensionen auch beantwortet wurden.

- Liste von amtsanmassenden Unternehmen mit richtigem Handelsname  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/behoerden\\_als\\_ag.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/behoerden_als_ag.pdf)

Als Anregung könnte man nun Rezensionen schreiben, in der Hoffnung, dass diese beantwortet werden.

Betreibungsämter

Ich habe diese Woche eine kurze Sprachnachricht erhalten, die auf Telegramm verbreitet wurde.

Darin wird ausgesagt, dass die Chefs von Betreibungsämtern beim Bund beantragt hätten, dass sie bei künftigen Pfändungen direkt auf das Geldkonto des Schuldners zurückgreifen wollen, um auf diesem Wege das Geld direkt abzubuchen. Das soll bis Ende dieses Jahres durchgesetzt werden. Ebenfalls wird ausgesagt, dass das der Grund sei, weshalb die Polizei keine Zahlungsbefehle etc. mehr zustelle.

Ob diese Aussage richtig ist, kann nicht verifiziert werden. Bei Letzterem bin ich der Meinung, dass nicht das der Grund ist, dass die Polizei keine Zahlungsbefehle etc. zustellt, sondern weil sie möglicherweise mit anderen Aufgaben überlastet ist.

- <https://www.srf.ch/news/schweiz/personalnot-bei-der-polizei-das-ist-eine-negativspirale-ich-sehe-schwarz>

Im Internet habe ich zu diesem Thema nichts gefunden, dafür andere Themen rund um die Betreuung.

Es gibt verschiedene politische Vorstösse, dass durch eine einzige Anfrage bei einem Betreibungsregister Auskunft über sämtliche in der Schweiz registrierten Betreibungen und Verlustscheine erteilt wird. Dieser parlamentarischen Initiative wurde keine Folge geleistet.

- <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20160405>

Aus der Motion «Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen stoppen» geht hervor, dass die Bundesverwaltung daran ist, einen Bericht vorzubereiten (vielleicht besteht er inzwischen bereits), in

dem aufgezeigt werden soll, was erforderlich ist, damit ein solcher schweizweiter Betreibungsregisterauszug eingeführt werden kann.

- <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163335>

Aus der Interpellation «Harmonisierung der Betreibungsregister» geht hervor, dass der Bund seit Dezember 2012 mit der Prüfung einer elektronischen Verbindung sämtlicher Betreibungsregister beauftragt ist.

Ebenfalls ist dieser Interpellation zu entnehmen, dass der Zürcher Regierungsrat die gesetzlichen Grundlagen für ein zentrales Betreibungsregister im Kanton Zürich erarbeitet.

- <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163199>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Überwachung und der Zugriff auf unsere Daten und das Vermögen immer grösser wird, dem man sich kaum mehr entziehen kann. Da alles nur noch digital verarbeitet wird, kann jedermann auf Knopfdruck aus dem gesellschaftlichen Leben entfernt werden.

Ich zitiere nachstehend aus dem Buch von John Coleman, Komitee der 300, Ausgabe 2004:

[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/mitglieder\\_u\\_ziele\\_komitee300.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/mitglieder_u_ziele_komitee300.pdf)

*Es wird kein Bargeld und keine Münzen mehr in den Händen der Nichtelite geben. Alle Transaktionen werden mittels Schulden-Karte (engl. Debit card) durchgeführt, auf der die Identifikationsnummer des Trägers steht. Jede Person, die in irgendeiner Art gegen die Gesetze und Regelungen des Komitees der 300 verstösst, verliert je nach Art und Schwere des Vergehens für verschieden lange Zeit ihre Karte.*

*Wenn eine solche Person etwas kaufen will, wird sie herausfinden, dass ihre Karte auf der schwarzen Liste steht, und sie wird nichts mehr bekommen. Versuche, mit »alten« Münzen Geschäfte zu machen, etwa mit den Silbermünzen von ehemaligen, dann nicht mehr existierenden Nationen, werden als Kapitalverbrechen behandelt werden und der Todesstrafe unterliegen. Alle solchen Münzen werden innerhalb einer gewissen Zeit abgegeben werden müssen, zusammen mit Pistolen, Gewehren, Explosivstoffen und Autos. Nach einem ersten Vergehen wird die Karte beim nächsten Kontrollposten, an dem sie vorgewiesen werden muss, beschlagnahmt. Später wird die Person nicht mehr in der Lage sein, Nahrung, Wasser, Unterkunft, oder Arbeit zu erhalten, geschweige denn medizinische Hilfe. Sie wird offiziell als gesetzlos registriert. Auf diese Weise werden grosse Gruppen von Gesetzlosen geschaffen, die in Regionen leben, wo sie am besten ihr Auskommen finden können. Personen, die den Gesetzlosen auf irgendeine Weise helfen, werden erschossen. Wenn Gesetzlose sich nicht nach einer gewissen Zeit der Polizei oder dem Militär ergeben, wird ein beliebiges früheres Familienmitglied ausgesucht, das an seiner Stelle ins Gefängnis muss.*

Entscheid ZH Kantonsrat

Mit Schreiben vom 19. September 2022 haben die Parlamentsdienste im Auftrag der Geschäftsleitung des «Kantonsrat während des Ratssitzungen» auf meine Beschwerde geantwortet. Unterzeichnet wurde es durch die Präsidentin des Kantonsrates, der .:Schwester Esther Guyer, und dem Generalsekretär des Parlamentsdienstes, Moritz von Wyss.

Wie immer können sie daraus nichts entnehmen, dass im Staat (recte illegale Unternehmung) irgendetwas nicht in Ordnung wäre. Das ist natürlich eine Frage der Perspektive. Deshalb versuchten sie ihre Ansicht über die Gewaltenteilung zu erklären. Selbstverständlich wurde alles auf «legalem» Wege beschlossen. Deshalb werden sie künftige Eingaben retournieren. Sie wollen ja nicht immer an ihre Verbrechen erinnert werden.

- [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zh\\_kr\\_20220919\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zh_kr_20220919_antwort.pdf)

Allgemeines

Die Absage des Kantonsrates passt in die bisherige Reihe von Absagen, nicht nur der Zürcher, sondern von allen «Behörden», auch wenn sie früher noch «halbwegs legal» waren. Schon vor über zwei

Jahrzehnten wurde behauptet, man wisse nicht, was ich wolle. Tatsächlich wussten sie es durchaus, denn sie hatten Angst, weil ich ihre Achillessehne gefunden und freigelegt habe.

Der Grund dieser Absagen liegt in der Tatsache, weil es in der ganzen Auseinandersetzung gar nicht ums Recht geht, denn dahinter steckt eine Prinzipienfrage. Aufgrund der Recherchen ist es erwiesen, dass die Abschaffung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Staatsverwaltung bereits vor über 100 Jahren in die Wege geleitet wurde, die erstmals in den 1950er und ab 1970 schweizweit verdeckt umgesetzt wurde. Deshalb werden die Täter, nachdem ihre Verbrechen aufgedeckt sind, nicht einfach gestehen, ja, wir sind schuldig.

Aus diesen Anfängen ist nun ein verzweifelter Kampf der amtsanmassenden Behördenfunktionäre entstanden, die versuchen, ihre Verbrechen nicht einzugestehen. Das Thema der parlamentarischen Oberaufsicht steht im Moment gar nicht im Vordergrund, weil es die meisten Menschen nicht verstehen, da es für sie zu abstrakt ist. Als Ersatz dafür dient nun das Mittel Behörden als Firmen. Es ist das «Turngerät», an dem dieser Kampf ausgetragen wird.

Vor allem die Richter und die Politiker stehen einander sehr nahe, denn die Politiker definieren das Recht und die Richter müssen vereinfacht gesagt die Dreckarbeit für die Politik erledigen. Das sind offensichtliche Verbrechen, die unter dem Nimbus der «Rechtschaffen- und Verschwiegenheit» der Richter versteckt werden. Werden in der Öffentlichkeit diese Verbrechen bekannt, so gilt es als sicher, dass die Richterschaft geschlossen hinter Gitter wandert. Um sich zu entlasten, würden sie «singen» und die Politik für diese Verbrechen verantwortlich machen, womit die Politikerinnen und Politiker aller Couleur ihnen Gesellschaft leisten müssten.

Es ist deshalb ein Kampf um SEIN und NICHTSEIN und zwar auf beiden Seiten. Obsiegen die amtsanmassenden Funktionäre, so geht die ganze Gesellschaft in die Sklaverei, obsiegt das Volk, so gehen diese amtsanmassenden Funktionäre hinter Gitter und werden enteignet, zusammen mit den Vertretern von Babylon.

Im Kern geht es um nichts anderes als um diese beiden Extreme!

Deshalb ist es nicht entscheidend, dass sich alle verschiedenen Gruppen vernetzen. Entscheidend ist, dass noch mehr Menschen in die Handlung kommen müssen und den amtsanmassenden Behörden ihre eigenen Bedingungen in Form von hohen Pönalen und Gebühren unterbreiten. Gleichzeitig müssen die grundlegenden Informationen mitgeliefert werden, denn schlussendlich ist es immer auch eine Frage der vorhandenen sachlichen Information und nicht der Propaganda.

Bitte klärt auf und motiviert Dritte, dem nachzueifern.

Weitere Rundmails findet Ihr unter dem Link <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Mit freundlichen Grüßen

Alex W. Brunner